



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 251

Wilhelmshaven

März 2010

Endlich!

Agnes-Miegel-Schule heißt zukünftig Marion Dönhoff-Schule - Seite 3



Nomen

Infos zur Workcare-Insolvenz, zum JadedeWeserPort und zum geplanten neuen Pflegeheim beim Willehad-Krankenhaus finden Sie auf Seite 2.

Wir blicken auf 10 Jahre Auseinandersetzung um Agnes Miegel zurück und freuen uns auf Seite 3, dass dieses Thema endlich erledigt ist.

Auf Seite 4 ziehen wir Bilanz von 5 Jahren Hartz IV und 5 Jahren Job-Center Wilhelmshaven.

Die Stadt Wilhelmshaven bekommt von den Sozialgerichten die Forderung nach einem schlüssigen Konzept zur Berechnung der Kosten der Unterkunft gestellt. Wir berichten auf Seite 4.

Um die Februar-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland geht es auf Seite 5.

Gleich über zwei Ratssitzungen berichten wir auf den Seiten 6 und 7.

Wilhelmshavens Hafenwirtschaft wehrt sich gegen einen weitergehenden Wattenmeerschut. Ein Lehrstück über Klientenpolitik auf Seite 8.

Über einen Mauerfall der besonderen Art berichten wir auf Seite 9.

Am 9. Februar verkündete das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den Regelsätzen nach dem SGB II – Hintergründe auf Seite 10.

Mit einer Menschenkette soll am 24. April gegen die weitere Nutzung der Atomkraft demonstriert werden. Unser Aufruf auf Seite 11.

Die 'Bürgerinitiative für die Sicherstellung der Versorgung von Drogenkranken' kann immer noch keine Entwarnung bei der Methadonversorgung geben. Ein Aufruf auf Seite 11.

'Das Letzte' heißt es wieder einmal auf unserer letzten Seite – lokale Politik, wie man sie wohl nur in Wilhelmshaven findet.

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Hier finden Sie weitere Hintergrundinformationen, aktuelle Pressemitteilungen und ein Archiv mit allen Gegenwind-Artikeln seit 1997.

meldungen

Workcare insolvent

Im Zusammenhang mit dem Bau des JadeWeserPorts übertrafen sich die Politiker gegenseitig, wenn es um möglichst hohe Zahlen von Arbeitskräften ging. Die Zahlen gingen in die Zehntausende – und so etwas lockt natürlich allerlei Leute an, die ein Stück vom großen Kuchen ergattern wollen. So kam dann die Firma Workcare hierher. In der WZ vom 11. September 2008 heißt es: *“Workcare baut derzeit ein Wohncontainer-Dorf für zunächst 420 Arbeiter auf. Maximal könnten auf dem ehemaligen Campingplatz in Voslapp Quartiere mit 1.500 Betten aufgestellt werden.”* Workcare wurde auch gleich Thema in der Ratssitzung im September 2008. Der damalige ‘Ratssplitter’ dazu: *Gerangel gab es um die “Vermarktung und Bewirtschaftung von hafenauffinen Flächen am JadeWeserPort durch GGS / Firma Workcare”. Auf Deutsch: Einrichtung und Betrieb eines Wohndorfes für die Arbeitskräfte der JadeWeserPort-Baustelle auf dem ehemaligen Campingplatz, den die Firma Workcare von der Stadt gepachtet hat. Mit einer Großen Anfrage wollte die CDU-Fraktion die Ungereimtheiten klären: Warum wurde die Verpachtung nicht öffentlich ausgeschrieben? Warum wurde bisher keine Pacht bezahlt? Warum hat nur die Firma ein Sonderkündigungsrecht und die Stadt nicht? Warum hat sich die Stadt verpflichtet, Konkurrenzanbieter der Firma in keiner Weise zu unterstützen? Warum ist Workcare berechtigt, die Fläche nur teilweise zu nutzen und auch nur dafür Pacht zu bezahlen?*

Im Juni 2009 wurde die Firma Workcare dann in die *“starken Hände”* (WZ 176.09) des Feldlager-Betreibers Toifor gelegt. Angebliche Experten gehen laut diesem WZ-Bericht von 5.000 Arbeitskräften im Bereich von JadeWeserPort/Raffinerie/Kraftwerk aus. Workcare-Geschäftsführer Michael Mühleisen rechnet damit, dass 70% dieser Arbeitskräfte (das wären immerhin 3.500) ins Containerdorf ziehen könnten.

Am 17. März war dann alles aus. Statt einiger tausend Arbeitskräfte kamen eben nur ein paar hundert. Nun hatte man die schönen Wohncontainer da stehen, es gab noch eine ordentliche Finanzspritze, aber die Container blieben leer – da bleibt dann eben nur noch der Weg in die Insolvenz.

Die ersten Anpassungen zu den Hunderttausenden Containern, die über den JadeWeserPort umgeschlagen werden sollen, werden mit Sicherheit auch bald zu vermehren sein. (hk)

Überflüssiges Pflegeheim?

Da, wo heute der Parkplatz des St.Willehad-Hospitals ist und wo die hundertjährige Ansgarschule steht, soll schon bald ein Pflegeheim entstehen. Auf der letzten Sitzung des ‘Stadtteilbeirats Westliche Südstadt’ stellten Juliana Ledig und Roland Treintzen von der Schweizer Verwaltungs- und Treuhandfirma “Eurasia Prime Invest” das Projekt vor.

Um es vorweg zu sagen: die beiden Firmenvertreter hätten für alles Werbung machen können – völlig unbeteiligt und mit dem berühmten Dollarzeichen in den Augen präsentierten sie das Projekt Pflegeheim St. Willehad. Und genauso emotionslos und profitorientiert sieht auch das Konzept für das Pflegeheim aus.

Doch bevor es entstehen kann, muss erst einmal das Gebäude der Ansgarschule abgerissen werden. Dieses Gebäude wurde auf der Beiratssitzung mehrfach als Schandfleck bezeichnet, dabei gehört es mit zu den Baujuwelen unserer Stadt. Ein Schandfleck wurde es erst, als sich niemand mehr darum kümmerte, man es verfallen ließ – wohl mit dem Ziel, es als Schandfleck ohne großen Protest abreißen zu können.

Der geplante Neubau wird genauso langweilig und praktisch aussehen, wie wir es in Wilhelmshaven seit Jahrzehnten gewohnt sind – Klinker, ein paar Putzflächen, keine Balkons, keine auffallende Begrünung (Roland Treintzen: “Auf dem Parkplatz soll eine Baumreihe gepflanzt werden.”).

Protest gegen das Projekt kam von Ursula Aljets (SPD) und Helmut Möhle (CDU). Beide wiesen darauf hin, dass in Wilhelmshaven bereits jetzt ein Überhang an Pflegeheimplätzen bestehe. Besonders Ursula Aljets warnte eindringlich vor der Realisierung des Projektes.

Die Eurasia-Leute versuchten nun Stimmung für ihr Projekt zu machen, weil es ja auch für Koma-Patienten wie z.B. verunglückte Motorradfahrer oder auch für Taubblinde ausgelegt sei. Wobei gerade das ja die ‘Kunden’ in allen Pflegeheimen sind.

Die Zusammenarbeit zwischen dem St.Willehad-Hospital und dem Pflegeheim wird wohl dafür sorgen können, dass das Pflegeheim ausgelastet ist – doch die anderen Pflegeheime werden nicht nur ums Überleben ihrer Patienten kämpfen müssen. (hk)

Eine großzügige Spende

bekam der Gegenwind von der Schutzgemeinschaft Jade-Region (SJR) aufs Konto überwiesen.

Laut Satzung hat die Schutzgemeinschaft, die

- Förderung des Gemeinschaftsinteresses an der Erhaltung der Kulturlandschaft
- Schärfung des Umweltbewusstseins
- Erhalt und Schutz des Lebensraumes der Menschen, Tiere und Pflanzen
- Erhaltung der Lebensqualität
- Pflege des Gemeinschaftssinns und Vertretung der Bürgerinteressen

zum Zweck. Der Vorstand der SJR vertritt die Auffassung, dass auch der Gegenwind diese Ziele verfolgt und möchte dem finanziell immer klammen Gegenwind ein wenig Luft für die weitere Arbeit verschaffen. Wir bedanken uns. (hk)

JadeWeserPort ist unrentabel!

Bekanntlich hat Hamburgs Bürgermeister Ole van Beust in Wilhelmshaven die Hoffnung wiederbelebt, dass sich Hamburg doch noch am JadeWeserPort (JWP) beteiligt. Klaus-Michael Kühne - Mehrheitseigner eines der größten Logistik-Unternehmen für See-, Luft- und Landfracht “Kühne+Nagel” und einer der Retter der maroden Reederei HAPAG-Lloyd - rät Hamburg eher davon ab:

Das wäre eine defensive Investition, um nicht ganz außen vor zu bleiben. Aber Sinn macht das nur, wenn dort viel Geld verdient wird, und das glaube ich nicht, jedenfalls nicht auf absehbare Zeit. (Weser Kurier, 06.03.10)

Skeptisch sieht er auch die künftige Auslastung des JWP:

Wenn der Welthandel blüht, können die zusätzlichen Kapazitäten über einen neuen Hafen aufgefressen werden. Aber wenn die Weltwirtschaft eher langsam wächst, wird es ein Gerangel um die Ladung geben und einen verschärften Preiswettbewerb.

Auch das Alleinstellungsmerkmal “einziger deutscher Tiefwasserhafen” beeindruckt ihn nicht sonderlich. Auf die Frage, ob der JWP Containerladung nach Deutschland zurückholen kann, antwortet er:

Es kommt darauf an, wie die Reedereien sich verhalten, wie viele große Schiffe sie im Weltmaßstab in Dienst stellen. Im Fernostverkehr sind diese Schiffe sicher gut einsetzbar, weil die Häfen dort die entsprechende Wassertiefe haben. In den USA ist das nicht der Fall. Es wird gewisse Routen geben, auf denen diese großen Schiffe verkehren. Aber das wird ein begrenzter Umfang sein. (jm)

SPOONER

Anziehsachen

Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV



www.myspace.com/spooneranziehsachen

NEU Cyroline T-shirts 14,99€

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
GEGENWIND, Adolphstr. 21

Postanschrift: 26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90

Fax: 0322-23755199

eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig; Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) monatlich - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 23.03.2010

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.



Hartnäckigkeit belohnt

Die Agnes-Miegel-Schule wird endlich umbenannt

(hk) Seit knapp 10 Jahren weisen Wilhelmshavener BürgerInnen auf die Unmöglichkeit hin, einer Schule den Namen Agnes Miegels zu geben. Doch es bewegte sich da kaum etwas. Nun kam recht plötzlich und unerwartet die Meldung, dass die Schule in Marion-Dönhoff-Schule umbenannt werden soll.

Im Oktober 2001 veröffentlichte der Gegenwind eine Hommage Miegels an Adolf Hitler. Der Artikel schloss mit den Worten "Es gibt weitere Veröffentlichungen von Agnes Miegel, die eine Ehrung ihres Namens völlig ausschließen. Sie blieb bis zu ihrem Tode eine treue Erfolgsfrau des Nationalsozialismus."

In den folgenden Jahren war es in erster Linie der linke Ratsherr Johann Janssen, der die Unmöglichkeit des Schulnamens ins Bewusstsein der Öffentlichkeit brachte. Janssens Initiativen im Rat wurden mit faden-scheinigen Begründungen abgeschmettert.

Im Januar 2008 gab es dann eine Sendung des Nordwest-Radios aus dem Pumpwerk. Auch hier glänzten sowohl die Stadt Wilhelmshaven als auch der Leiter der Agnes-Miegel-Schule durch Abwesenheit.

Durch eifrige Recherche gelangten immer neue und immer üblere Veröffentlichungen Miegels an die Öffentlichkeit. Doch in der Agnes-Miegel-Schule schaltete man auf stur.

Es kam bundesweit zu Umbenennungen von Agnes-Miegel-Schulen und -Straßen, so dass letztlich nur noch Wilhelmshaven übrig blieb.

Inzwischen war auch die Presse bundesweit darauf aufmerksam geworden, dass sich hier in Wilhelmshaven an der "Namensfront" (junge Welt, 19.03.09) nichts tut. Zum 50-jährigen Bestehen der Schule machte sich der Schulleiter Heinz Bültena so seine Gedanken über die Namensgeberin – da wurde zwar zugegeben, dass Miegel in einigen Veröffentlichungen "zum Teil explizit, wenigstens aber tendenziell, Hitler und das NS-Regime überhöht." Doch noch immer war nicht zu spüren, dass da wirklich eine Distanzierung von Agnes Miegel stattfand. Und so gelang es, dass Wilhelmshaven der letzte Standort einer Agnes-Miegel-Schule wurde.

Im Juni 2009 konnte man in Wilhelmshaven spüren, dass der Wind immer stärker für eine Namensänderung blies.

Doch es dauerte noch mal ein halbes Jahr, bis sich endlich etwas Wesentliches tat.

Hartnäckigkeit wird belohnt

Auf der Sitzung des Schulausschusses

am 4. März 2010 trug Schulleiter Heinz Bültena den Wunsch vor, den Namen der Agnes-Miegel-Schule zu ändern.

In der Wilhelmshavener Zeitung heißt es am 5. März: *"Bislang, so räumte Bültena ein, habe die Schule den Eindruck erweckt, dass sie an ihrem Namen festhalten wolle, ungeachtet der kritischen Anfragen aus der Öffentlichkeit. Es sei keineswegs so, dass sie nun einfach "den Schalter umgelegt" habe. Die Zwiespältigkeit bleibe. ... Aber der bisherige Name sei belastend in der Wahrnehmung der Schule außerhalb Wilhelmshavens. Auch in der Stadt sei eine Änderung der Stimmung feststellbar gewesen. Und bei Lehrern, Eltern und Schülern sei der Wunsch nach Diskussion gewachsen. ... Als neue Namenspatronin wurde die Publizistin Marion Gräfin Dönhoff ausersehen, Ostpreußin auch sie, aber anders als Miegel von untadeligem Ruf über die Parteigrenzen hinweg."*

Die Neue

Marion-Dönhoff-Schule – das klingt zweifelsohne besser als Agnes-Miegel-Schule. Die Gräfin ist über alle Parteigrenzen hinweg als "große Dame" anerkannt, wobei sich einem auch nach stundenlangem Studium ihrer Bücher, Aufsätze, Kommentare und Artikel nicht unbedingt erschließt, warum das so ist. Ihre Veröffentlichungen sind geprägt von einem liberalen Bürgertum, Kritik findet nur an Auswüchsen statt, dennoch erarbeitet sie sich die Position einer "moralischen Institution".

Marion Dönhoff gehörte zu den wenigen Personen, die in der Zeit des Hitlerfaschismus Widerstand geleistet haben. Schon das allein zeigt eindringlich, dass es sich bei Marion Dönhoff nicht um irgendeine Frau aus Ostpreußen handelt.

Ihre Arbeit in der Bundesrepublik war in erster Linie durch ihre "Karriere" bei der "Zeit" geprägt, 1946 als freie Mitarbeiterin, 1955 stellvertretende Chefredakteurin, 1968 Chefredakteurin, 1972 als Herausgeberin.

1971 wird ihr der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Dieser Preis reiht sich in eine große Anzahl anderer Auszeichnungen ein.

Im März 2002 verstirbt Marion Dönhoff im Alter von 92 Jahren.

Die Agnes-Miegel-Schule in Marion-Gräfin-Dönhoff-Schule umzubenennen, ist akzeptabel. Man kann ja froh sein, dass sich der Bund der Vertriebenen nicht wie bei der Namensgebung vor 50 Jahren einmischen konnte. Dann hätten wir wohlmöglich eine Erika-Steinbach-Schule bekommen.

Veröffentlichungen von Marion Gräfin Dönhoff (Auswahl):

- *Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichten.*
- *Menschen, die wissen, worum es geht. Politische Schicksale 1916–1976.*
- *Amerikanische Wechselbäder. Beobachtungen und Kommentare aus vier Jahrzehnten.*
- *Weit ist der Weg nach Osten.*
- *Preußen. Maß und Maßlosigkeit.*
- *Kindheit in Ostpreußen.*
- *Versöhnung: Polen und Deutsche. Die schwierige Versöhnung. Betrachtungen aus drei Jahrzehnten.*
- *Weil das Land sich ändern muß. Manifest I.*
- *Weil das Land Versöhnung braucht. Manifest II.*
- *Um der Ehre Willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli*
- *Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit.*

MUDDY'S

ROCK~BLUES & more

RHEINSTRASSE 94

26382 WILHELMSHAVEN

Tel. 04421 7786568

Ausgeträumt?

Noch immer steht Wilhelmshavens interessanteste City-Immobilie leer. Dabei hatte man den Eindruck, dass die Stadt wirklich mit Hochdruck an einer Wiederbelebung des historischen Kaufhausgebäudes arbeitet (im Volksmund immer noch "Karstadt", zuletzt "Hertie"). Doch Mitte März hieß es in der WZ: "An die Zukunft mit Hansekontor glaubt auch die Stadt nicht mehr." Die Flensburger Firma wollte neun insolvente Hertie-Häuser zu einem kleineren neuen Verbund zusammenführen. Doch auch der Eigentümer, Treveria Fonds, hat sich von einer Kooperation mit Hansekontor verabschiedet: Es gab Andeutungen, dass Hansekontor schon in der Vergangenheit bei den Banken nicht als ausreichend solvent galt.

Es gibt manche Träume im Rathaus, an die viele BürgerInnen nicht mehr glauben mögen oder die sie nie mitgeträumt haben – Großinvestitionen im Hafen- und Industriebereich. Aber beim Karstadt-Gebäude sollte die Stadt ihre Träume und Visionen nicht aufgeben. Unvorstellbar, dass so eine riesige, attraktive und stadtbildprägende Immobilie vor sich hin verwest, bis sie mangels Nutzung und Instandhaltung baufällig wird. Geht da denn nix, was sonst anderswo geplant wird – Hotel, Pflegeeinrichtung, Ärztezentrum? Notfalls mit Parkhaus im Erdgeschoss, unter Erhalt der Fassade? Am schönsten wäre natürlich eine Lösung, die auch die arbeitslos gewordene Hertie-Belagschaft mit einbezieht. Bitte weiterträumen! (iz)



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Bilanz

Fünf Jahre Hartz IV – fünf Jahre Job-Center Wilhelmshaven

(noa) Nach fünf Jahren Hartz IV beschäftigt sich auch die Wilhelmshavener Zeitung kritisch mit dem SGB II und mit dem Job-Center Wilhelmshaven.

„Bescheide mit Fehlern vor Gericht“ war am 12. Februar ein WZ-Artikel überschrieben, in dem wir erfuhren, dass beim Sozialgericht Oldenburg, das für Wilhelmshavener Streitfälle zuständig ist, im Jahr 2009 stolze 5577 Klagen in Sachen Hartz IV verhandelt wurden – doppelt so viele wie im Jahr zuvor – und dass ein großer Teil davon von Wilhelmshavener Klägern angestrengt worden war. Die häufigsten Klagegründe waren die Kosten der Unterkunft und rechtswidrige Sanktionen. In dem Artikel wird Job-Center-Geschäftsführer Wolfgang Burkert zitiert, der angibt, dass es 2009 immerhin 1984 Widersprüche gegeben hat und dass von Januar bis Oktober 1136 Sanktionen verhängt worden sind.

Insgesamt fand man den WZ-Artikel beim Job-Center offenbar nicht so gut. Am 16. Februar „wurde entschieden zurückgewiesen“, „dass eine falsche Rechtsanwendung des Jobcenters der Grund für zunehmende Widersprüche sowie Klagen am Sozialgericht seien“. Gemessen an der Gesamtzahl der Bescheide seien die erfolgreichen Klagen beim Sozialgericht gar nicht so hoch.

Das stimmt natürlich. Obwohl eigentlich und genau genommen „jeder Bescheid rechtswidrig, da für den Leser nicht nachvollziehbar“ ist (Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative), legen nur wenige Leistungsbererechtigte Widerspruch ein. „Wenn eine Behörde mir einen Bescheid erteilt, gehe ich doch davon aus, dass der richtig ist“, drückte es

eine Teilnehmerin auf der ALI-Versammlung am 09. Februar aus.

Am 17. Februar veröffentlichte die Wilhelmshavener Zeitung die Fünfjahres-Bilanz des Job-Centers Wilhelmshaven, die „positiv“ sei. Um 1.200 sei die Arbeitslosenzahl seit 2005 gesunken, und man habe 7600 Personen in Arbeit vermittelt.

„Dazu ist zu bemerken, dass die Nürnberger Vorgaben zur Erstellung dieser Bilanz eine Schönung der Zahlen vorgeben. Zur offiziellen Arbeitslosenzahl muss etwa ein Drittel dazugezählt werden.“

Bundesweit zählt die Bundesagentur für Arbeit im Januar 2010 offiziell 3.617.485 Arbeitslose. 1.194.000 Arbeitslose wurden nicht gezählt. Bei den in der Statistik unter-schlagenen Arbeitslosen handelt es sich um Menschen über 58, die Arbeitslosengeld I oder II beziehen, Menschen in 'Ein-Euro-Jobs', Menschen in beruflicher Weiterbildung, in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (z.B. bei privaten Arbeitsvermittlern) oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie um kranke Arbeitslose.

Auch in Wilhelmshaven finden sich die angeblich in Arbeit vermittelten 7600 Personen in den aus der Statistik herausgerechneten Personengruppen“, erklärt DIE LINKE.Wilhelmshaven zur Fünfjahres-Bilanz des Job-Centers.

Der Sozialausschuss des Rates der Stadt nahm die fünf Jahre Hartz IV zum Anlass, sich über die Arbeitssituation der Arge zu informieren. Hier entfuhr dem CDU-Ratsherrn und Sozialausschussmitglied Stephan Hellwig der Spruch: „Es scheint ein Volkssport zu sein, gegen sämtliche Bescheide vorzugehen.“ Nachdem schon seit Anfang des Jahres die Hetze gegen Langzeitarbeitslose schärfer geworden war und durch den denkwürdigen Ausspruch des Vizeministers und Außenministers vom „Wohlstand ohne Arbeit“ einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, war es nur eine Frage der Zeit, wann jemand aus Wilhelmshaven (und wer aus Wilhelmshaven) auf dieser Westerwelle reiten würde.

Leider veröffentlichte die Wilhelmshavener Zeitung die Presseerklärung der LINKEN zu Hellwigs dummem Spruch nur unvollständig. Den Teil, der den nach Auffassung der LINKEN systematischen Betrug an den Wilhelmshavener Hartz IV-Berechtigten in Sachen „Kosten der Unterkunft“ betraf, sparte sie aus.

Und auch Wolfgang Burkert sowie Arbeitsagentur-Chef Rudolf Hempfling bestätigen im Gespräch mit dem GEGENWIND, dass sie nichts Unrechtes darin sehen, bei den Bescheiden die Kosten der Unterkunft nach städtischen Vorgaben zu bewilligen, die bisher vor keinem Sozialgericht standgehalten haben. „Das ist wie beim Regelsatz“, sagt Hempfling: Der sei gesetzlich vorgegeben und könne nicht beliebig bewilligt werden. Und bei der Miete gebe es eben die Vorgaben durch die Stadt in Form der Mietobergrenzen.

Dass die Gerichte das anders sehen, zeigen wir in dem untenstehenden Beitrag „Schlüssiges Konzept“. □

Schlüssiges Konzept

Die Stadt Wilhelmshaven muss es offenbar immer und immer wieder hören...

(noa) Amüsante Lektüre bieten zwei Urteile des Sozialgerichts Oldenburg vom 21. Januar 2010. Es gab wieder Klagen von Wilhelmshavener Hartz IV-Betroffenen gegen die vom Job-Center bewilligten Unterkunftskosten, die bekanntlich seit Jahren durch eine Höchstgrenze gedeckelt sind, an der eisern festgehalten wird, obwohl die Gerichte immer wieder anders entscheiden.

In diesen neuen beiden Fällen hatten die Kläger höhere KdU als vom Job-Center bewilligt geltend gemacht. *„Die Klägerin hat für den streitgegenständlichen Zeitraum vom 01.07.2007 bis einschließlich 29.02.2008 einen Anspruch auf höhere Leistungen für ihre Unterkunft. Statt der bisher berücksichtigten 259,- Euro sind monatlich 308,- Euro als Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen. Nach § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II werden Kosten der Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind.“*

Angemessen waren für die Klägerin im streitgegenständlichen Zeitraum Unterkunftskosten in Höhe von monatlich 308,- Euro. Zur Ermittlung dieses Wertes darf hier ausnahmsweise auf die Werte der rechten Spalte der bis zum 31.12.2008 geltenden Wohngeldtabelle zuzüglich eines Zuschlags von 10% abgestellt werden, da ein einfacher oder qualifizierter Mietspiegel nicht vorliegt und eine ausreichende Datenbasis zu im streitgegen-

ständlichen Zeitraum bestehenden und neu abzuschließenden Mietverträgen weder zur Verfügung steht, noch die Möglichkeit besteht, diese Daten nachträglich ausreichend umfassen zu ermitteln.“ So steht es in dem einen Urteil mit dem Aktenzeichen S 43 AS 1479/07.

Und in dem Verfahren S 46 AS 2133/08 urteilte das Gericht. *„Der Beklagte wird verurteilt, dem Kläger Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II für die Zeit vom 01.06.2008 bis 30.11.2008 unter Berücksichtigung seiner tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung zu gewähren.“* (Die Miete dieses Klägers lag unter 308,- Euro.)

„Die von dem Beklagten (dem Job-Center Wilhelmshaven – noa) in einem sozialgerichtlichen Verfahren vorgelegten statistischen Daten sind nicht ausreichend, wie das Bundessozialgericht mit seinem Urteil vom 22.09.2009 (B 4 AS 18/09 R) entschieden hat“, heißt es in der Urteilsbegründung. In die-



**An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84**

sem BSG-Verfahren ging es um die vom Job-Center beantragte Revision des LSG-Urteils vom 11.12.2008. Bezüglich dieses Revisionsurteils pfeifen Stadt und Job-Center laut im Keller. Nein, keineswegs habe das Bundessozialgericht die Wilhelmshavener Mietobergrenzen als zu niedrig bezeichnet, sagen sie immer wieder. Und bis zum Ende dieses Rechtsstreits wird sich an diesem Lied wohl auch nichts ändern.

Nun hat Wilhelmshaven ja zum 1. Juli 2009 seine Mietobergrenze heraufgesetzt. Nicht nur um ein, zwei Euro, wie bei den vorangegangenen Erhöhungen, sondern deutlich. Aber eben nicht bis auf Wohngeldtabelle rechte Spalte plus 10 %, und erst recht nicht bis auf die vom Landessozialgericht ermittelten Werte.

Und darüber wird sich jemand jetzt nachträglich fürchterlich ärgern, denn dazu schreibt das SG Oldenburg im genannten Urteil: *„Hin-*

zu kommt, dass der Beklagte nach seinen eigenen Angaben die Mietobergrenze für die Zeit ab 01.07.2009 auf 296,50 Euro festgesetzt hat. Dies sind über 10 % mehr als die von ihm im vorliegenden Fall, also noch vor 7 Monaten, zugrunde gelegten 265,00 Euro. Eine Erklärung dafür, wie es innerhalb dieses kurzen Zeitraumes zu einer solchen Steigerung des Mietpreisniveaus gekommen sein soll, hat der Beklagte in der mündlichen Verhandlung nicht anzubieten vermocht. Auch ist den Medien nichts zu entnehmen gewesen, auf eine derartige wirtschaftliche Entwicklung in Wilhelmshaven hätte hindeuten können. (Autsch!!!) Da die erhöhte Mietobergrenze auf neuen, von dem Beklagten selbst für verlässlich gehaltenen Erhebungen beruht, bleibt nur die Schlussfolgerung, dass die frühere Mietobergrenze auf einer unzureichenden Datengrundlage beruht. Mithin muss auch im hier streitigen Zeitraum auf die Werte der Wohngeldtabelle mit einem Zuschlag von 10 % zurückgegriffen werden.“ (Wow!!!)

Soweit das Amüsement. Es gibt einen ernsthaften Aspekt dabei. Jüngst erklärte der Geschäftsführer des Job-Centers, Wolfgang Burkert, der GEGENWIND übertreibe die Zahl der Menschen, die ihre Miete nicht voll erstattet bekommen. Wir schreiben ja immer von Tausenden von Hartz IV-Betroffenen, die zur Miete aus dem Regelsatz beitragen müssen. Und da sagt Burkert, Tausende seien das bestimmt nicht.

Wir kennen die Zahl nicht. Aber wenn man die im Frühjahr 2008 im Sozialausschuss genannte Summe von 2,5 Mio. Euro jährlich, die es die Stadt kosten würde, wenn sie allen Hartz IV-Berechtigten die volle Miete erstatten würde, mal ein wenig unter die Lupe nimmt, dann kommen Tausende Bedarfsgemeinschaften heraus. Wären es genau 1000 BG, dann müsste eine von ihnen durchschnittlich 2500 Euro im Jahr zuzahlen, und dann läge deren monatliche Miete gut 200 Euro über dem städtischen Höchstsatz. Wer den Wilhelmshavener Wohnungsmarkt ein bisschen kennt, weiß, dass das nicht zutreffen kann. Bei 2000 BG wären es ca. 100 Euro nicht erstatteter Mietanteil – das ist schon eher möglich. Gehen wir von den Zahlen aus, die wir in den Sozialgerichtsurteilen immer wieder lesen, dann handelt es sich tatsächlich um Summen bis zu 50 Euro im Monat, und dann sind wir bei über 4000 Bedarfsgemeinschaften, die ihren Regelsatz teilweise ins Wohnen stecken müssen – und da wird man wohl "Tausende" sagen dürfen! □

Störrisches Verhalten

Wilhelmshaven weigert sich weiterhin, sich an Recht und Gesetz zu halten

(noa) Zur Februar-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland waren nach fast einem Jahr mal wieder Rechtsanwalt Alfred Kroll und seine Kollegin Sara Hesener da. Sie brachten gute Neuigkeiten bezüglich des Dauerbrenners Kosten der Unterkunft.

Am 22. September waren die drei Musterverfahren, die ein knappes Jahr vorher beim Landessozialgericht günstig für die Wilhelmshavener Arbeitslosen ausgegangen waren, zur Revision beim Bundessozialgericht. Die Stadt wollte hier eine Bestätigung für ihr Verwaltungshandeln, "die Unterkunftskosten mal anders zu berechnen" (O-Ton Kroll), anders als das Bundessozialgericht schon Ende 2006 festgelegt hat, also nicht nach der "Produkttheorie" (kurz gesagt: Quadratmeterpreis mal Quadratmeterzahl). Zum 1. Juli 2009 hatte die Stadt ihre Miet"höchst"werte noch schnell heraufgesetzt – auf 296,50 Euro für einen Einpersonenhaushalt) – und dabei wieder kein "schlüssiges Konzept", wie Sozialgerichte in ständiger Rechtsprechung es fordern, angewandt.

Kroll hat schon viele Male Vertreter des Job-Centers und der Stadt Wilhelmshaven vor den verschiedensten Gerichten erlebt und ist beinahe fassungslos: "Die Stadt Wilhelmshaven wendet die Produkttheorie einfach nicht an und fragt frech, warum sie das tun soll!" Seit 18 Jahren praktiziert Kroll als Rechtsanwalt, aber er hat "so ein störrisches Verhalten noch nie erlebt. Da hat man den Eindruck, dass kleine Kinder im Sand spielen und trotzig sind."

Wir hatten in der letzten Ausgabe geschrieben: "Seit Ende September 2009 bearbeitet das Sozialgericht Oldenburg erst mal keine Wilhelmshavener KdU-Fälle mehr". Diese Aussage ist mittlerweile überholt. Am 21. Januar fand dort ein Verfahren statt, bei dem die drei anwesenden Herren aus Wilhelmshavens Stadtverwaltung "entlarvt" wurden, wie Kroll mittels des Sitzungsprotokolls zeigte.

Da stellte sich heraus, dass die Erhebungen der Stadt Wilhelmshaven über die Kosten von Wohnraum einigermaßen beliebig sind. Die Außendienstmitarbeiter, die die Erhebung gemacht haben, haben "in Eigenverantwortung" die Einordnung der Wohnungen zu der Personenzahl übernommen; dabei waren die Kriterien für diese Einordnung nicht schriftlich niedergelegt. Man hat keinen Quadratmeterpreis ermittelt, sondern eine Differenzierung nach der Personenzahl vorgenommen. Ob es eine Schulung der mit der Erhebung betrauten städtischen Beschäftigten gab, wussten die drei Herren nicht genau. Jedenfalls haben sie die Datensammlung für die Festlegung der Mietgrenzen kontinuierlich verbessert und ihre Mitarbeiter darüber jeweils informiert – "es gibt nur eben keine schriftliche Niederlegung dieser Kriterien".

All das ist "weit entfernt von einem schlüssigen Konzept", stelle Kroll trocken fest.

Ziemlich entsetzt konnten ihn die VersammlungsteilnehmerInnen erleben, als er von einer Begebenheit beim Bundessozialgericht sprach: Ein Vertreter der Stadt Wilhelmshaven hat dort erklärt, Krolls Mandant sei schon als Sozialhilfeempfänger, also vor über fünf Jahren, über die Miethöchstgrenzen infor-

miert worden. Dieser Mandant erklärte Kroll nach dessen Rückkehr aus Kassel jedoch, dass er damals nicht in Wilhelmshaven gewohnt hat, ganz bestimmt also einen entsprechenden Hinweis vom Sozialamt Wilhelmshaven nicht bekommen hat. "Soll das heißen, der städtische Vertreter hat vor dem Bundessozialgericht gelogen?", diese Frage mochte Kroll erst einmal nicht bejahen. Er wird das Bundessozialgericht über die Aussage seines Mandanten informieren. Es wird sich ja feststellen lassen, wie es sich tatsächlich verhält. Einen Aktenvermerk über die damalige Behauptung, so hatte der städtische Mitarbeiter vor dem BSG erklärt, gibt es nicht. Die Meldebehörden Wilhelmshavens und des früheren Wohnortes des Mandanten werden aber Aufschluss darüber geben können, wo der Mann vor 2005 gewohnt hat. Wenn der städtische Mitarbeiter wirklich die Unwahrheit gesagt haben sollte, dann wird sich die Staatsanwaltschaft darum kümmern müssen.

Auf einen wenig erfreulichen Aspekt des BSG-Urteils vom 22.09.09 machte Frau Hesener am Schluss noch aufmerksam: Auch für die Heizkosten soll gelten, dass sie in voller Höhe erstattet werden müssen – soweit sie angemessen sind.

Das Job-Center Wilhelmshaven hat bis einschließlich 2008 jeweils nur eine Heizkostenpauschale bewilligt. Das hat zu viel Ärger geführt: Die billigen Wohnungen, in denen Hartz IV-Betroffene wohnen sollen, damit sie die Miete voll erstattet bekommen, sind häufig so schlecht isoliert, haben so schlecht schließende Fenster und Türen, dass die Heizkosten häufig über der Pauschale lagen. Das Ergebnis war, dass viele Betroffene, um nicht ihren Regelsatz für die Heizkosten einsetzen zu müssen, im Winter frierend in ihrer Wohnung saßen. 2009 erstattete das Job-Center die Heizkosten dann voll. Nach dem BSG-Urteil ist zu befürchten, dass nun um die Angemessenheit der Heizkosten dasselbe Gezerre beginnt, wie es schon bezüglich der Angemessenheit der Miethöhe stattfindet – und dass die vielen Wilhelmshavener Hartz IV-Betroffenen, die still dulden, statt sich zu wehren, wieder frieren oder zuzahlen werden. □

Musikschule
school of rock
 wilhelmshaven
 schlagzeug - gitarre - bass
 keyboard - gesang - recording
 ...learn to play.
 www.schoolofrock-whv.de
 info@schoolofrock-whv.de
 Tel.: 04421/366423

Rechtschreibwerkstatt
 Anette Nowak
 Legasthenietherapie
 Lese-/Rechtschreibtraining
 Diagnose und Beratung
 Auskunft und Anmeldung
 04421 - 99 64 70

Ratssplitter

24. 2. 2010

zusammengewischt von Wolle Willig

Diese Ratssitzung hat ca. 10 Stunden gedauert, und die Tagesordnung hatte fast 50 Punkte: Also gespart wird nicht, was das Bemühen der Wilhelmshavener Volksvertreter um das Wohl ihrer Stadt betrifft! Wer dabei gewesen ist, wird sich fragen, ob das wirklich stimmt. Aber der Reihe nach....

Sparen:

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen beantragt doch tatsächlich, die Aufwandsentschädigungen für die Ratsfrauen und -männer zu kürzen. Da sollte im Angesicht der drohenden kommunalen Pleite wohl ein Zeichen gesetzt werden. So würde der 1. (ehrenamtliche) Bürgermeister nur noch 500 Euro statt 725 Euro monatlich bekommen und die gemeinen Ratsleute sollen sich mit 150 statt 250 Euro bescheiden. Mehrheitlich abgelehnt! Nächster Versuch: Man könnte auch den Rat verkleinern, z. B. von jetzt 44 (plus OB) auf 38 und damit gut 100.000 Euro in den nächsten 5 Jahren sparen. Darauf Einlage Hans Hartmann (SPD): Man wird als Ratsherr viel von den Bürgern gefragt - und wenn man weniger Ratsleute hat, wird man noch mehr gefragt. Deshalb soll doch bitte alles so bleiben, wie es ist. Und so bleibt es denn auch: Antrag mit überwältigender SPD/CDU-Mehrheit abgelehnt! Könnte es sein, dass im Hinblick auf die nächste Kommunalwahl um jeden Sitz gerungen wird?

Einnehmen ...

Wenn man nicht sparen will, dann kann man ja einfach mehr einnehmen: Grund- und Hundesteuer zum Beispiel. CDU-Chef Reuter hat im Vorfeld herausgefunden, dass ihn als Hausbesitzer die angepeilte Erhöhung nicht sonderlich belastet und für die marode Stadtkasse wären das knapp 600.000 Euro pro Jahr mehr gewesen. Trotzdem abgelehnt, genauso wie die Erhöhung der Hundesteuer! Beim Thema Vierbeiner kam auch auf den Tisch, dass viele dieser Tiere gar nicht angemeldet seien. Wenn man diese Schwarzhunde besteuern würde, hätte man mehr Geld in der Kasse. Leider sieht sich die Verwaltung außerstande, Hundefahnder einzusetzen. *(Hier gibt es ja jetzt die Aktion: "Hundebestandsaufnahme im Rahmen der Hundesteuermeldepflicht". In einer Postwurfsendung kündigt die Stadt eine Hundebestandsaufnahme an. Und ganz im Stil der großen Politik (CDs mit Schweizer Schwarzgeldkonten) wird jedem Hundehalter, der seinen Hund innerhalb eines Monats anmeldet, Straffreiheit versprochen. Ob durch diese Aktion mehr Geld erwirtschaftet wird, als die 32.000fache Versendung der Briefe gekostet hat? -hk-)*

Heißes Eisen Gewerbesteuer: Vergrault man mit der Anhebung dieser Steuer womöglich neues Gewerbe? Der Rat meinte mehrheitlich, dies sei nicht der Fall, und beschloss die

Anhebung. Genauso wie die Vergnügungssteuer. Achtung Insiderinformation: Hier handelt es sich um die Vergnügungssteuer für Spielgeräte, z. B. in der Gastronomie. Vor einiger Zeit galt für diese Geräte ein Pauschalbetrag als Steuer. Dann hat sich der Rat entschlossen, lieber 10% vom Umsatz dieser Geräte zu kassieren. Ergebnis damals: höherer Verwaltungsaufwand und weniger Geld. Diese Fehlentscheidung hat man jetzt (hoffentlich) ausgeglichen.

Sportlich ...

Der Fußballverein ESV macht tolle, integrative Jugend- und Erwachsenenarbeit im Süden Wilhelmshavens, nur leider sind Sportanlage und Vereinsheim ziemlich hinüber. Deshalb beantragte die SPD, bis 2011 einen neuen Kunstrasenplatz an der Güterstraße von der Stadt bauen zu lassen, sonst kann der Verein seine (soziale) Arbeit nicht vernünftig weiterführen. Weil dieser Antrag aber jetzt in geänderter Form vorlag, wollte die CDU (unmittelbar nach der Mittagspause) eine Beratungspause. Das wiederum ignorierte der Ratsvorsitzende Norbert Schmidt erst mal und ließ die Ratskollegen fröhlich diskutieren, bis CDU-Chef Reuter der Krage platzte und er Abstimmung über seinen Antrag verlangte. Also machte man eine kurze Beratungspause. Weiter ging's dann mit: Der Platz wird in der Güterstraße zu teuer und man hat ja kein Geld. Man könnte aber planen und das nicht vorhandene Geld zunächst einstellen und dann wieder rausnehmen. Man sollte prüfen und ggf. einen anderen Standort z. B. am Sportforum, der wahrscheinlich kostengünstiger ist, mit in Betracht ziehen. Dabei wurden noch Änderungsanträge formuliert, und nach einer Stunde wusste keiner mehr so richtig, worüber jetzt genau abgestimmt werden sollte. Als das geklärt war, kam es noch dicker: Es musste mehrfach gezählt werden, der OB fordert namentliche Abstimmung, eine Ratsfrau gar den Hammelsprung, und aus heiterem Himmel hatten die Verwaltungsfachangestellten, die fürs Zählen zuständig sind, doch ein Ergebnis. Die Verwaltung soll bis Mai herausfinden, wie viel die Sanierung des ESV-Platzes eigentlich kostet. Die anwesenden Zuschauer vom ESV und auch Uwe Reese (SPD) machen lange Gesichter.

Planwirtschaft ...

Die Wirtschaftspläne der städtischen Tochtergesellschaften sind vorab in den Ausschüssen beraten worden und können in der Regel zügig im Rat beschlossen werden. So wurde z. B. der Wirtschaftsplan der WTF mit einem Minus von immerhin 4 Mio. Euro in einer Minute durchgewunken. Anders bei dem Plan der Wirtschaftsförderung (WFG): Hier ließ der Liberale Michael von Teichman noch einmal seine Kritik über den nicht vorhandenen hauptamtlichen Wirtschaftsförderer los. Die vorhandenen Mitarbeiter der WFG würden doch nur Fußpflegerinnen in die Selbstständigkeit helfen. Erwartungsgemäß ging daraufhin eine Welle der Entrüstung durch die Volksvertretermannschaft. Höhepunkt: OB Menzel zitierte seinen ehemaligen Oberstadtdirektor Arno Schreiber, der über von Teichman bei ähnlichen Debatten gesagt haben soll: "Was treibt diesen Menschen eigentlich an?" Nach 45 Minuten gegenseitiger Abwatscherei wurde natürlich auch dieser Wirtschaftsplan mit großer Mehrheit angenommen!

Und sonst so....

Streunende Katzen werden zukünftig nicht kastriert. Die Jadeallee soll umgebaut werden (auch ohne Geld). Freibad Nord, Kunsthalle und Volkshochschule existieren weiter. Schwänzende SchülerInnen sollen qualifizierten Abschluss machen (O-Ton B. Rech: trotz 250 privater TV-Kanäle inkl. Pornosender). Mein Vorschlag: Zuschauer dieser Marathonvolksvertreterredeschlachten sollten auch entschädigt werden, vielleicht mit 3,80 Euro wie in Griechenland. Aber das ist ein anderes Thema!

17. 3. 2010

eingefangen von Imke Zwoch

Dies war der Tag der wandernden Mikrophone. Ständig waren die Akkus leer, oft waren nur Wortfetzen zu verstehen, die bescheidene Akustik im Gorch-Fock-Haus tat ihr Übriges. Die Ratsvertreter schoben sich gegenseitig die gerade funktionierenden Geräte zu, und der bedauernswerte zuständige Verwaltungsmitarbeiter joggte ständig zur Ladestation und zurück und musste sich noch Kommentare anhören. Okay, Wilhelmshaven möchte gern Energiesparhauptstadt werden, aber man muss es auch nicht übertreiben.

"What shall we do with the drunken children?"

Für Empörung hatten Schilderungen einer Krankenschwester zum Umgang mit alkoholisierten Kindern im Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) gesorgt: Man lege ihnen Windeln an, um ihnen das Ausmaß ihrer Verfehlung klar zu machen, und stelle zur aufrüttelnden Demütigung ein Foto vom Zustand bei ihrer Aufnahme auf den Nachttisch. So zitiert in der WZ vom 12.3. im Bericht über eine Podiumsdiskussion. Johann Janssen (LINKE) machte das zum Thema der "Aktuellen Stunde". Er findet Demütigung als erzieherische Maßnahme untragbar. Michael von Teichman (FDP) hielt dem entgegen, dass "auch für Schwerstkriminelle drastische Methoden" zur Anwendung kämen, oder kommen sollten. (Immerhin ordnete er Alkohol richtig als "legale Droge" ein - oft wird in der Diskussion zwischen "Alkohol" und "Drogen" unterschieden. Gerade die legale Verfügbarkeit macht Alkohol so gefährlich.) Werner Biehl (Grüne) betonte, dass es hier um Kinder (nicht Jugendliche) ging: "Wie schaffen es 12-jährige, in diese Situation zu kommen?" OB Menzel ärgert sich über Angebote zum Flatrate-Saufen wie "11 Euro zahlen, für 33 Euro trinken". Leider wurde das Thema auch für politische Scharmützel missbraucht. Menzel sorgt sich nicht nur um die Kinder, sondern auch um den Ruf des RNK. Im gleichen Atemzug machte er die Betreiber "gewisser Internetseiten" für die Rufschädigung verantwortlich. (Dabei stand es doch zuerst in der WZ.)

PC-Notdienst
für Privat und Handwerk
☎ 04421-300 71 81
☎ 0162-6675049

Sprich: Er darf über Leute lästern, die nicht übers RNK lästern sollen, weil es sich nicht gehört, über andere zu lästern, oder wie? Biehl lästerte über Janssen, weil der das Thema im Rat diskutierte, statt mit dem RNK direkt zu sprechen. Man fragte sich schon, warum geht's hier eigentlich, um die Kinder oder um die nächste Wahl? Doch insgesamt ließ sich die Angelegenheit klären: In Einzelfällen hat das RNK von eingelieferten alkoholvergifteten Kindern Polaroidfotos gemacht, die sie in ihrem desolaten Zustand zeigen. Die Fotos wurden mit den Kindern unter 4 Augen mit dem Arzt besprochen und ihnen mitgegeben. Mit den Eltern wird auch gesprochen. Und gewinnt wird aus rein praktischen Erwägungen. Die Betten müssen ja nicht unnötig eingesaut werden. Auch Erwachsene, die ihre Ausscheidungen nicht halten können, bekommen Windeln, und nicht etwa, um sie damit zu quälen. Ob da nun bei der Krankenschwester oder im WZ-Zitat was durcheinander ging, sei dahingestellt

„Der Respekt gegenüber den Jugendlichen gebietet aber auch eine Konfrontation mit der Realität“, so Klinikchef Dr. Liebner in einer von Menzel verlesenen Erklärung. Ziel der Behandlung sei, die Jugendlichen und ihre Familien in respektvoller Umgebung zu stärken für die Herausforderungen des Heranwachsenden.

Wer Kinder oder Jugendliche wirklich demütigen will, sollte sie in eine Castingshow schicken. Profis wie Heidi Klum oder Dieter Bohlen beherrschen das aus dem FF. Hier lernt unser Nachwuchs, dass das Fehlen von Empathie ein wichtiger Baustein zum Erfolg ist. Und statt Polaroidfotos, die zu Hause in der Schublade der Betroffenen verschwinden, liefern sie öffentliche Videos, die jede/r beliebig aufzeichnen und abspulen kann, um sich daran zu ergötzen.

Schnitt: Es ist ein ernstes Thema, wie unsere Gesellschaft es schafft, Kinder ihrer Kindheit zu berauben, und wie wir – nicht nur in Kliniken – damit umgehen und gegensteuern können. Es war richtig, dass Janssen es auf die Tagesordnung brachte 😊, sonst hätten weiterhin alle vor sich hingebrommelt. Janssen fragte, ob die Stadt nicht das Flatratesaußen verbieten könne. Die Verwaltung will das prüfen. *(In Baden-Württemberg sind solche Angebote seit 3 Jahren verboten – red.)*

Vorsicht, Demokratie!

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen beantragte verschiedene Änderungen der Geschäftsordnung. U. a. ging es Joachim Tjaden (BASU) darum, dass die Verwaltung, die gegenüber den Ratsmitgliedern streng die Fristwahrung einfordert (z. B. beim Einbringen von Anträgen), umgekehrt auch stärker an Fristen gebunden wird, um dem Rat die Arbeit zu erleichtern. Nicht durchsetzen konnte sich die Gruppe mit der Forderung, die bei Sitzungen anwesenden Einwohner/innen stärker zu Wort kommen zu lassen. Die Gegner des Antrags führten an, die Diskussion könne dadurch zeitlich völlig zerfasern. Da sollten sie sich mal selbst zuhören. 😊

Festzementiert

Auf der Tagesordnung stand die (Wieder-)Wahl des ersten Stadtrats, der allgemeiner Vertreter des OB ist – nicht als Repräsentant, sondern als Verwaltungschef. Menzel schlug vor, auf die Ausschreibung der Stelle zu verzichten und Jens Stoffers auf weitere 8 Jahre

wiederzuwählen. Er würdigte Stoffers als „kompetenten und loyalen Mitarbeiter“, der seine Aufgaben – Personal, Gesundheit, Recht, Soziales – „geräuschlos abgearbeitet“ habe.

Naja, wie man's nimmt. Zumindest im Bereich Soziales ging es nicht so geräuschlos ab, sondern bis vor die Gerichte. Ohne Herrn Stoffers persönlich, als Mensch, zu nahe treten zu wollen – fachlich gesehen hat er als Verantwortlicher für die Umsetzung des SGB II (Stichwort Hartz IV) keine Glanzleistung hingelegt. Die Kosten der Unterkunft sind für Tausende von Bedarfsempfängern in Wilhelms- haven zu niedrig angesetzt, wie gerichtlich bestätigt wurde.

Stoffers selbst sagte nach erfolgter Wiederwahl in seiner eigenen Laudatio, er müsse „ohne Ansehen von Person und Fraktion das Recht gleichmäßig anwenden“. Ratsvertreter bestätigten seine Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber und meinten damit neben Menzel auch den Rat. Eigentlich sind es aber doch die BürgerInnen, die seine Stelle bezahlen? Doch bei einer feierlichen Wahl gilt Kritik wohl als unanständig. Stoffers wurde in offener Wahl einstimmig gewählt, ohne dass ein Kritiker seiner städtischen Hartz-IV-Politik auch nur den Mund aufmachte.

Das tat nur, im Vorfeld, die Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs, die zu jeder Stellenbesetzung gefragt wird. Sie monierte zu Recht, dass von den 4 Spitzenpositionen in der Verwaltung keine einzige mit einer Frau besetzt ist. 😊

Städtebauliche Unordnung

I: Am westlichen Stadtrand, wo früher Wiesen und eine Molkerei waren, haben sich Bau- und Gewerbegebiete in die Landschaft gefressen. Im Bereich Potenburg nördlich der B210 ist noch was frei. Obwohl die Innenstadt immer leerer wird und die Bevölkerung weiter schrumpft, sollen dort weitere Wohnbauflächen entwickelt werden. Man stritt sich nur darum, und das ausgiebig, ob nicht doch eher noch mehr Gewerbeflächen benötigt werden. Einziger Lichtblick: Ein Teil des Wohngebietes soll als Modellsiedlung mit „energieoptimierten Gebäudestandards“ entwickelt werden. Das fand auch Claus Westermann (Grüne) gut, der als Solaranlagenbauer zwar interessensmäßig nicht unbefangenen ist, aber wenigstens weiß, wovon er spricht. (Unsererins fragt sich, warum nicht längst alle Wohnbauten, und erst recht Gewerbegebiete mit großen Dachflächen, standardmäßig in Richtung Sonnenenergie entwickelt werden.) Sein Kollege Werner Biehl betonte, dass das vorhandene Wäldchen am Potenburger Weg

erhalten werden soll. Sein Optimismus in Ehren, aber beim Erhalt vorhandenen Grüns haben Planer und Bauherren bislang meist wenig Phantasie bewiesen: Erst das Reißbrett und dann gucken, was übrig bleibt.

II: Wo jetzt der alte Wassertank an der Weserstraße steht (westlich der Neckarstraße), will die Spar & Bau ein weiteres Wohngebäude erstellen. „Dieses ist das letzte Gebäude, um das städtebauliche Gesamtbild zu vervollständigen“, steht in der Begründung, sowie „Komplettierung eines Bestandsgebietes durch ein Wohngebäude“ und „Berücksichtigung des Denkmalschutzes“. Ein harmonisches Gesamtbild gibt es dort schon lange nicht mehr, jeder macht, was er will. Nicht mal die drei in den letzten Jahren dort errichteten Gebäude geben ein harmonisches Bild ab, geschweige denn passen sie sich an die umliegende denkmalgeschützte Bausubstanz an. Das einzige, was zählt: Die Eigentumswohnungen am Wasser verkaufen sich wie geschnittenes Brot. Aber dann sollen sie das auch sagen und nicht so einen Unfug in ihre Vorlagen schreiben.

III: Der westlichen Südstadt geht's auch nicht besser: Zwischen Ansgari- und Seediakstraße, neben dem Willehad-Krankenhaus, entsteht ein weiteres Alten- und Pflegeheim. Da war doch was? Richtig: Die (leer stehende) Ansgarischule. Fähige Stadtplaner würden so ein Stück historische, stadtbildprägende Bausubstanz in den neuen Komplex einbinden. Wär doch super als Eingangsbereich, Verwaltungstrakt und Treffpunkt mit Café, und irgendwie sinnig, wenn die alten Menschen dort mit einem Stück ihrer Zeitgeschichte leben könnten.

Doch mangels Phantasie und Kreativität wird die Schule abgerissen – Stichwort Reißbrett, siehe oben. Und auch hier bedrückend: Einstimmiger Beschluss des Rates – macht sich keiner mehr einen Kopp um so was? 😊

Big Brother befreit von Wildwuchs

In Siebethsburg sollen zwei Spielplätze umgestaltet werden. Beim Bolzplatz Papingstraße „wurde das direkte Platzumfeld von wild wachsendem Baum- und Strauchbewuchs befreit“. Abgeschirmt durch die Bäume und Sträucher, habe sich der angrenzende Spielplatz zu einem beliebten Jugendtreff entwickelt. Alternativ will man für die Jugendlichen „eine offene und attraktive Begegnungs- und Bewegungsstätte im Freien“ neben dem Spielplatz Edenburgstraße schaffen. Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder und Jugendliche für ihre gesunde Entwicklung „Wildwuchs“ benötigen, wo sie spielen bzw. sich treffen können, ohne ständig unter Beobachtung zu stehen. Wo keiner hinguckt, machen sie zwar auch dummes Zeug; kaputte Spielgeräte und Müll sind unerfreuliche Begleiterscheinungen. Aber sie nur noch auf dem Präsentierteller zu haben, auf DIN-gemerten Spielplätzen und überpflegten Grünanlagen, kann nicht die Lösung sein. Aber irgendein Grund findet sich ja immer, Natur in der Stadt platzzumachen. 😊

Früh übt sich

Jüngster Zuschauer war wieder Bolle Sommer, noch keine zwei Jahre alt. Diesmal kletterte er sogar auf einen freien Rats-Stuhl – im schwarz-gelben Sitzbereich. Aber bis er über den Tisch gucken kann, hat er ja noch genug Zeit, sich zu orientieren. ☐

1. Bezirk Südstadt-Ost

BAVARIA KRUG

**Betreutes Trinken
seit 1913!**

Auszeichnung ja – aber ...

Wirtschaft wehrt sich gegen weitergehenden Wattenmeerschutz

(red) Alle paar Jahre treffen sich die Minister der Wattenmeer-Anrainerländer Deutschland, Niederlande und Dänemark, um über erforderliche gemeinsame Schutzmaßnahmen für die einzigartige Naturlandschaft zu beraten – im März 2010 auf Sylt. Die Hafenvirtschaft setzt alles daran, verbindliche Beschlüsse zu verhindern – mit Erfolg. Ein Lehrstück zum Thema "Klientelpolitik".

2001 hatten die Wattenmeer-Anrainer vereinbart, bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO die Ausweisung des Wattenmeeres als "Besonders Empfindliches Meeresgebiet" zu beantragen. International heißt das PSSA (particularly sensitive sea area) - nach den IMO-Richtlinien ein Gebiet, das wegen seiner Bedeutung aufgrund von anerkannten ökologischen, sozioökonomischen oder wissenschaftlichen Kriterien besonderer Schutzmaßnahmen der IMO bedarf, da es durch die internationale Seeschiffahrt gefährdet sein kann. 2002 stimmte die IMO dem Antrag zu. Das Schutzgebiet ist in den Seekarten eingetragen, um die Sensibilität der Schiffsführungen im Hinblick auf die besondere Empfindlichkeit des Gebietes gegenüber Beeinträchtigungen durch die Seeschiffahrt zu erhöhen.

Derzeit gibt es weltweit 10 PSSA-Gebiete. Dazu gehören u. a. die britische, französische und belgische Nordseeküste, die Ostsee, das Great Barrier Reef in Australien (auch Weltnaturerbe) einschließlich der angrenzenden Schiffsfahrtsstraße Torres Strait oder das Meer um die Florida Keys.

Die Hauptschiffahrtsrouten, die entlang der Wattenmeer-Schutzgebiete verlaufen, und die Hafenzufahrten gehören bislang nicht zum PSSA Nordsee. Doch genau dort passieren die latenten Verschmutzungen und auch Unfälle mit Austritt von Öl und Chemikalien, die gravierende Auswirkungen auf die

angrenzenden Schutzgebiete haben können. Die Nordsee ist jetzt schon eines der meistbefahrenen Seegebiete weltweit. Durch den ungebremsten Ausbau von Häfen und Industrialisierung (JadeWeserPort, Elbvertiefung, Kohlekraftwerke ...) nehmen die Seeverkehre und damit das Unfallrisiko weiter zu. Offshore-Windparks stellen nach Aussage von Seefahrtsexperten ein zusätzliches Unfallrisiko dar.

Wer soll "gut leben"?

Die Ausweitung des PSSA auf die Schiffsfahrtrouten ist nicht nur ein Anliegen der großen Umweltverbände und sollte im Entwurf des Ministerantrags Thema der diesjährigen Wattenmeer-Ministerkonferenz im März auf Sylt werden. Die Hafen- und Seewirtschaft ging auf die Barrikaden, fürchtet sie doch Wettbewerbsnachteile durch weitere Umweltauflagen wie z. B. erweiterte Lotsenpflicht. Die Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV), unterstützt durch den Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS), hat sich in Briefen an den Bundes- und die Landesumweltminister gewandt mit der Bitte, keinen Regelungen zuzustimmen, die "den Hafen- und Schiffsfahrtsstandort Deutschland schwächen" (Neue Rundschau v. 3.3.2010). "Mit dem derzeitigen Stand zum Schutz des Wattenmeeres kann die Schiffsfahrt gut leben und unserer Ansicht nach reicht der derzeitige Schutz auch voll und ganz aus", so WHV-Präsident John H. Niemann (NR, ebd.).

Die Frage ist, ob auch Flora und Fauna des Wattenmeeres damit "gut leben" können. Ein im Dezember 2009 vorgelegter Bericht zu Seevögeln und Öl (Camphuysen et al, nachzulesen unter www.waddensea-secretariat.org) stellt fest, dass die Ölverschmutzung zwar in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist, durch chronisches Auftreten jedoch eine dauerhafte Bedrohung für Seevögel und andere Meeresbewohner bleibt. Abkommen wie MARPOL (Internationales Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe) haben noch nicht zu einer drastischen Abnahme verölter Vögel geführt. Die Verschmutzungen finden vor allem in den außerhalb liegenden Meeresgebieten statt, aus denen die Ölopfer und auch Ölschlämme dann an der Küste und auf den Inseln angeschwemmt werden. Eine Karte zeigt deutlich, dass sich die entdeckten Ölverschmutzungen entlang der Hauptschiffahrtsrouten in der südlichen und südwestlichen Nordsee ballen. Das spricht dafür, das PSSA auf die Ursprungsgebiete der Verschmutzung zu erweitern.

Bis 2006 stieg die Zahl der (entdeckten) Ölverschmutzungen allein im deutschen Offshore-Bereich noch an. Die letzte "spektakuläre" Havarie lieferte der Frachter "Duncan Island", der im November 2008 vor Texel leck schlug, aber unbeirrt seine Fahrt nach Cuxhaven fortsetzte und auch auf den Ostfriesi-



Frühstücken
Partys
Konzerte

KLING KLING

www.kling-klang-whv.de
www.myspace.com/klingklang

Hier spielt die Musik

Wilhelmshaven - Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

schen Inseln seine Spur hinterließ. Über 1600 verölte Vögel – Eiderenten, Heringsmöwen, Sanderlinge u. a. - wurden gefunden, keiner überlebte, von den nicht gefundenen ganz zu schweigen.

Durchsetzen und vorbeugen

Die Wissenschaftler stellen fest: "Es ist nutzlos, ein MARPOL-Sondergebiet (special areas, in denen strengere Schutzvorschriften für das Einleiten von Öl bzw. Chemikalien sowie für das Absondern von Müll gelten – red) einzurichten, wenn es nicht im nationalen Recht seinen Niederschlag findet." Heutzutage gibt es technische Methoden, um Ölverschmutzungen dem Verursacher(-Schiff) zuzuordnen. So ließ sich z. B. auch nachweisen, dass nach wie vor das Verklappen von Bilgenwasser eine Ursache für Ölverschmutzungen ist. Die Wissenschaftler empfehlen, von allen in der Nordsee verkehrenden Schiffen einen "Öl-Fingerabdruck" zu speichern, was die Überwachung, Durchsetzung und Vermeidung von Verschmutzungen enorm erleichtern würde. Die Strafen bei Verstößen müssen empfindlich heraufgesetzt werden. Darüber hinaus sollte der marine Umweltschutz bei der Ausbildung der Seeleute an Bedeutung gewinnen. Sie müssen dafür sensibilisiert werden, dass schon eine "kleine" Verunreinigung umgehend erste Schäden der Meeresumwelt anrichten kann.

Kollateralschäden?

Auch die norddeutschen Industrie- und Handelskammern kritisieren die mögliche PSSA-Ausdehnung (Presseinformation v. 11.3.2010). Das würde die Anlaufkosten für die deutschen Nordseehäfen erheblich verteuern, kritisierte der Vorsitzende Otto Lamotte. Der niederländische Hafen Rotterdam profitiere dann, weil er nicht in der Schutzzone liege. Schon jetzt gebe es im internationalen Vergleich sehr hohe Standards, welche die Meeresumwelt nachhaltig schützten. Falsch: Die Standards allein helfen nichts, wenn ihre Einhaltung nicht ausreichend überwacht und durchgesetzt wird. Die Luftüberwachung des Havariekommandos entdeckte in den letzten 14 Jahren etwa 4200 Verschmutzungen und konnte fast 570 Verursacher ausfindig machen. Vorbeugung, Überwachung und Sanktionen reichen offensichtlich noch lange nicht aus. Es geht ja nicht allein um Unfälle die "nur" 13% der Ölverschmutzung der Meere ausmachen), sondern auch um die latente Verschmutzung durch "Entsorgung" von Öl, Chemikalien und Abfällen.

Selbst wenn bestimmte Zeitgenossen

Minicar Dirks
772211



**Wir haben
unseren
Fuhrpark um
einige Großraum-
fahrzeuge
erweitert**

tote Robben, Vögel und Fische nur als "Kollateralschäden" der Durchsetzung ihrer hafengewirtschaftlichen Interessen betrachten: Eine Havarie im Bereich des Wattenmeeres würde die Existenz anderer Wirtschaftszweige wie Tourismus und Fischerei für lange Jahre vernichten.

Doch für die WHV ist die Erweiterung des PSSA-Gebietes nicht ausreichend begründet, eine derartige Ausdehnung "ohne Not" hätte zur Folge, dass Schiffsverkehre verdrängt würden. Mit dem Titel "Weltnaturerbe Wattenmeer" schmückt man sich gern, für dessen Erhalt möchte man aber keine Kompromisse eingehen. Hier gilt, wie so oft: "Wasch mich, aber mach meinen Pelz nicht nass."

Intervention erfolgreich

Die Briefe der Wirtschaftslobby kamen in Berlin gut an: Die Regierungskoalition beantragte in der Sitzung Anfang März, die Ausweitung des PSSA-Gebietes abzulehnen. Argumente der Hafengewirtschaft schlugen sich in schwarz-gelben Redebeiträgen nieder: "Es glaube doch bitte keiner, dass diejenigen in Holland, die die Ausdehnung der PSSA vorantreiben, dies ausdrücklich mit Blick auf den Schutz des Wattenmeeres tun! Sie tun es mit Blick darauf, dass die deutschen Seehäfen nach einer Ausdehnung in das Schutzgebiet einbezogen wären und damit die Zufahrt zu ihnen erschwert würde, während Rotterdam – auch Antwerpen – außen vor bleiben würde. Natürlich hat dies Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen, die wir nicht akzeptieren können", so MdB Ingbert Liebig (CDU, Schleswig-Holstein). Auch für MdB Angelika Brunckhorst (FDP, Oldenburg) war die "Sorge der maritimen Wirtschaft" das entscheidende Kriterium.

Frank Schwabe (SPD) hingegen stellte fest, dass die Schiffe, die Gefährdungen verursachen, eben nicht im Wattenmeer selbst fahren, sondern in den angrenzenden Fahrwassern. Er geht davon aus, dass sich ein stärkerer Schutz auch ohne Wettbewerbsverzerrung durchsetzen lässt. Auch Valerie Willms (Grüne, Pinneberg) versuchte zu verdeutlichen, dass der Schutz des Wattenmeeres über seine eigentlichen Grenzen hinausgehen muss: "Was irgendwo da draußen in die Nordsee gekippt wird, landet früher oder später im Watt." Der kompetenteste Beitrag kam von Sabine Stüber (LINKE, Uckermark): Durch die Ablehnung der PSSA-Erweiterung würde der "grundsätzliche Schutz des Wattenmeeres, die Einrichtung einer Pufferzone um das eigentliche Weltnaturerbe, explizit ausgeschlossen. Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil Deutschlands ist wie in vielen Fällen die eher fadenscheinige Begründung ... Der Schiffsverkehr auf dem Hauptstrom parallel zum deutschen und niederländischen Wattenmeer wird weiter zunehmen. Ich möchte mir den Wettbewerbsnachteil für den deutschen Tourismus und die Fischerei an der Nordsee nach einer jederzeit möglichen Havarie gar nicht vorstellen."

Der Antrag, die PSSA-Erweiterung abzulehnen, wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen, gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen. Und war damit auf der Wattenmeer-Ministerkonferenz kein Thema mehr. □

Der Mauerfall

Es war ja so schön gedacht: Zum Schutz der Vögel im Voslapper Groden gegen das angrenzende Container-Bahngleis baut man eine Lärmschutzwand, die möglichst wenig Platz wegnimmt. Nimmt man also zwei Reihen Drahtgeflecht, kleidet es mit einem Vlies aus, füllt Pflanzerde dazwischen und lässt dann Efeu dran hochranken. War eigentlich auch schon fertig, doch dann hat da was mit Statik und Physik nicht hingehauen. Vielleicht hat sich die Erde unter dem Einfluss von Feuchtigkeit und Frost ausgedehnt, ist auf jeden Fall schwerer geworden – und plötzlich fing es gewaltig an zu bröseln.

Irgendwas denken sich unsere Deichbauer vermutlich dabei, wenn ihre Erdbauwerke im Querschnitt unten breit und nach oben schmaler werden – sprich dreieckiger und nicht rechteckiger Querschnitt, da verteilt sich der Druck schön von oben nach unten. Bei der Lärmschutzwand haben sich die elementaren Kräfte nun (März 2010) horizontal entfaltet. Sie sieht (bzw. sah) zwar schlank und elegant aus, hat nicht soviel Landschaft und Geld verschlungen wie ein richtiger Deich oder Damm – aber "form follows function" und Letztere war offenbar kein Meisterwerk der Ingenieurskunst.

Klingt jetzt vielleicht schadenfroh, ist es aber nicht: Ausgerechnet jetzt zur Brutzeit müssen große Teile der Wand saniert werden – mehr Störung geht nicht. Da sollte man lieber bis zum Herbst mit warten, noch rollen ja keine Züge.

Aus Naturschutzsicht ist die Wand ohnehin fragwürdig, denn außer Schienenlärm drohen dem europäischen Vogelschutzgebiet Voslapper Groden durch den JadeWeserPort weitere Beeinträchtigungen, die keine Mauer abhält, wie rund um die Uhr beleuchtete Krananlagen, bis hin zur späteren Beanspruchung des Schutzgebietes für weitere Gewerbeflächen. Geht tatsächlich auch nicht nur um ein paar Rohrdommeln, sondern Hunderte von Brutpaaren vieler Vogelarten. Die Lärmschutzwand war wohl mehr als Trostpflaster gedacht ("schaut, wir tun doch was für die Vögel!"), oder auch, um Klischees noch anzuheizen ("wegen der blöden Naturschützer müssen wir für ein paar Rohrdommeln so eine teure Wand bauen"). (iz)



Foto: Inke Zwoch



Wir sind Familie

Frühling im Secondhand für Mutter und Kind des SOS-Kinderdorf e.V.

Im frisch renovierten und frühlinghaft dekorierten Ambiente können Sie jetzt auch

von **Montag bis Freitag**
in der Zeit von **10.00 bis 18.00 Uhr**
einkaufen.

Hier finden Sie Kinderkleidung und Damenbekleidung in allen Größen sowie eine gut sortierte Teenagerdecke. Spielzeug, Bücher und Kinderbedarf runden das Angebot ab.

Wir freuen uns auch über Ihre gut erhaltene Spende und bedanken uns bei Ihnen mit einem Getränkegutschein für das Café Treffpunkt des Familienzentrums gegenüber.

Wenn Sie uns ihre Erstlingswäsche spenden, erhalten Sie sogar einen Warengutschein als Gegenwert.

Sollten Sie werdende Mutter und Hilfeempfängerin sein, haben Sie Anspruch auf eine kostenlose Erstlingsausstattung.

Fragen Sie uns!

Ihr Kind kann bei uns ein gut erhaltenes

Spielzeug tauschen –

Reinschauen lohnt sich!

Lassen Sie sich von unserem freundlichen Personal helfen, Ihr Kind kann in Ruhe in der Kinderecke spielen.

**Wir erwarten Sie in
unserem
familienfreundlichen
Secondhand**

**Am Banter Markt,
Werftstr. 48,
Tel. 9877277**

Regelsatz ist verfassungswidrig

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und der Zusatzbedarf

(noa) Am 9. Februar verkündete das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den Regelsätzen nach dem SGB II. Seither gibt es in den Medien einiges an Information, aber auch jede Menge Desinformation zum Urteil.



**hartz IV
und recht**

Es wird noch Wochen dauern, bis das Urteil im Wortlaut vorliegt. Doch eine ausführliche Pressemitteilung des höchsten Gerichts selber gab es schon am 9. Februar. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Die Regelsätze sind verfassungswidrig. Sie können aber im laufenden Jahr noch so bleiben. Bis 31.12.10 muss der Gesetzgeber neue Regelsätze berechnen und dabei die Gesichtspunkte, die im Urteil des BVerfG genannt sind, berücksichtigen.

Eine Soll-Höhe der Regelleistung kann das BVG nicht angeben; das obliegt dem Gesetzgeber. Dessen Methoden zur Ermittlung der Höhe müssen transparent sein; ihnen muss ein schlüssiges Konzept zugrunde liegen. Eine Verfassungswidrigkeit ist schon allein dann gegeben, wenn es an dieser Transparenz und Schlüssigkeit mangelt.

Bei der Festlegung der Regelsatzhöhe hat der Gesetzgeber damals Abschläge vorgenommen, also die tatsächlichen Ausgaben der ärmsten 20 % der Bevölkerung gekürzt, ohne zu überprüfen, ob dieses untere Fünftel der Menschen Ausgaben für entsprechende Waren überhaupt tätigt. (Also: Ein Arbeitsloser braucht kein Segelflugzeug, also ziehen wir ihm die Ausgaben für Segelflugzeuge ab. – Als ob ein nicht arbeitsloser Armer sich ein Segelflugzeug gönnen würde!) Ausgaben für das Bildungswesen wurden gleich gar nicht in den Regelsatz eingerechnet.

Die Mängel bei der Festlegung des Regelsatzes für eine Einzelperson setzen sich bei den Regelsätzen für Paare und für Kinder fort, weil diese von jenen abgeleitet sind. Bei den Regelsätzen für Kinder kommt außerdem hinzu, dass deren spezifische Bedarfe nicht berücksichtigt worden sind. Dazu heißt es wörtlich in der Presseerklärung des BVerfG: „Darüber hinaus beruht die Festlegung auf keiner vertretbaren Methode zur Bestimmung des Existenzminimums eines Kindes im Alter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Der Gesetzgeber hat jegliche Ermittlungen zum spezifischen Bedarf eines Kindes, der sich im Unterschied zum Bedarf eines Erwachsenen an kindlichen Entwicklungsphasen und einer kindgerechten Persönlichkeitsentfaltung auszurichten hat, unterlassen. Sein vorgenommener Abschlag von 40 % gegenüber der Regelleistung für einen Alleinstehenden beruht auf einer freihändigen Setzung ohne empirische und methodische Fundierung.“

Dieser Mangel wurde auch durch die Einführung der 100 Euro pro Schuljahr für Schüler und Schülerinnen nicht „geheilt“, da diese Summe freihändig bestimmt wurde, ohne zu überprüfen, wie teuer der Schulbedarf tatsächlich ist.

Ein rückwirkender Anspruch – das hat

das BVG direkt in die Pressemitteilung geschrieben – ergibt sich aus dem Urteil nicht. (Die vielen Hartz IV-Betroffenen, die bis zum 8. Februar also noch schnell Überprüfungsanträge gestellt haben, um eventuelle Ansprüche zu sichern, hätten dies auch bleiben lassen können.) Ab 01.01.2011 muss es aber Regelsätze geben, die nach den Vorgaben des Urteils schlüssig errechnet sind. Ferner muss ab dann auch sichergestellt sein, dass ein *„unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf gedeckt wird“* – und dieser unabwiesbare besondere laufende Bedarf muss schon ab sofort auf Antrag gewährt werden.

Nicht festgestellt hat das Bundesverfassungsgericht – anders als erhofft und anders als so mancher jetzt behauptet –, dass die Regelsätze zu niedrig sind. Darauf wies u.a. Herr Hempfling, der Chef der Wilhelmshavener Arbeitsagentur im Gespräch mit dem GEGENWIND hin. Es gibt so einige, die sich darüber die Hände reiben und sagen, sie könnten mit diesem Urteil sogar noch gesenkt werden, wenn sie nur schlüssig begründet werden.

Die neue Hetze, die durch Guido Westerwelle ausgelöst wurde, haben alle mitbekommen. Tatsächlich hat auch die Wilhelmshavener Zeitung sich nicht entblödet, die Frage, ob Arbeitslose Schnee schippen sollen, zur Mittwochsfrage zu machen.

Es kursiert in Arbeitslosenkreisen der Tipp, jetzt ALLES zu beantragen, was man als *„unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen Bedarf“* sehen kann. *„Bitte nicht!“*, sagen die Chefs von Job-Center und Arbeitsagentur. Klar, die Beschäftigten der Arge haben so schon reichlich zu tun. Da wäre es doch nett, wenn jetzt nicht noch haufenweise Anträge auf die VHS-Gebühren, die Monatskarte für die vielen Behördengänge und die Slipeinlagen für die inkontinente Lebenspartnerin dazukämen.

Freundlicherweise versprach die Chefetage der Gegenwindlerin den *„Positivkatalog“* der Bundesagentur für Arbeit, damit wenigstens die GEGENWIND-LeserInnen wissen, was sie zusätzlich beantragen können und was nicht. Eine Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit dem Titel *„Bundesarbeitsministerium erstellt Katalog zur Härtefallregelung“* und eine der BA mit dem Titel *„Zusatzbeiträge zur Krankenkasse: Auswirkungen für Leistungsempfänger“* kamen dann auch ein paar Tage später per Email an.

Demzufolge soll es äußerst sparsam zugehen mit dem, was nach dem BVerfG-Urteil ab sofort zusätzlich zu bewilligen ist. Den Zusatzbeitrag, den einige Krankenkassen neuerdings erheben, soll man bekommen, wenn die bisherige Krankenkasse bereits eine Kur oder Reha-Maßnahme bewilligt hat, man bei Kassenwechsel eine begonnene Dauerbehandlung abrechnen müsste oder bestimmte Hilfsmittel für Schwerbehinderte zurückgegeben werden müssten – ansonsten muss man in eine Krankenkasse wechseln, die (noch)

keinen Zusatzbeitrag erhebt. (Das könnte in nächster Zeit lustig werden: Woher weiß ich denn, ob die Kasse, in die ich nächsten Monat gehe, nicht übernächsten Monat auch mehr Geld will? Naja, dann wechsele ich halt wieder, bis ich sie alle durchhabe und auch die letzte Krankenkasse den Zusatzbeitrag will.)

Die Posten aus der Mitteilung des Ministeriums sind auch nicht allzu großzügig: Nicht verschreibungspflichtige notwendige Medikamente, Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer, Kosten, die durch die Wahrnehmung des Umgangsrechts eines getrennt lebenden Elternteils mit den Kindern entstehen – Nachhilfenunterricht schon unter sehr eingeschränkten Bedingungen und eigentlich gar nicht.

Da wird nichts anderes bleiben, als dem oben genannten Tipp zu folgen. Die Arbeitslosenselbsthilfe in Oldenburg (ALSO) stellt fest: *„Mit allem, was wir in diesem Jahr durchsetzen, werden wir die Entwicklung der Sozialleistungen in den kommenden Jahren positiv beeinflussen. Denn dieses Jahr wird Hartz IV neu berechnet. Je mehr wir durchsetzen, desto weniger werden uns die Regierungsparteien um unsere berechtigten Ansprüche bringen können.“*

Ein schlauer Gedanke: Wer jetzt schnell die Monatskarte für den ÖPNV beantragt, wird sie mit Sicherheit nicht bewilligt bekommen. Er kann dann Widerspruch einlegen und gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid klagen. Das Sozialgericht wird wahrscheinlich einsehen, dass jemand, der in Altengroden, Voslapp oder Sengwarden wohnt, diese Monatskarte wirklich braucht. Und wenn das noch in diesem Jahr ausgeurteilt ist, dann findet sich diese Monatskarte zwar nicht in dem zu schaffenden Gesetz wieder, doch der Anspruch steht. (Dass SozialhilfeempängerInnen einen Anspruch auf einen Fernseher hatten, stand auch nicht im Bundessozialhilfegesetz, war aber ca. ab Ende der 70-er Jahre unbestritten.)

Die nächste Versammlung der Arbeitsloseninitiative wird sich mit diesem Thema beschäftigen (13. April, 10 Uhr, Weserstraße 51). □



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!

24. April: Aktions- und Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel

(red) Am Samstag, den 24. April 2010, wird es unter dem Motto "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" eine große Anti-Atom-Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel und durch Hamburg geben. Zigtausende werden auf einer Strecke von 120 Kilometern ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende setzen.

Die schwarzgelbe Bundesregierung ist entschlossen, den Ausstiegskonsens der Großen Koalition wieder zu kippen. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai will die Bundesregierung mit den Stromkonzernen über Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke verhandeln. Dann soll auch entschieden werden, ob die beiden Pann-Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel wieder in Betrieb genommen werden.

Zu den Organisatoren der KETTENreAKTION gehören nicht nur die großen Umweltverbände wie BUND, Deutsche Umwelthilfe sowie attac und Compact, Ärzte- und kirchliche Organisationen, sondern auch verdi Hamburg, verdi Nord, IG Metall Küste, IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und IG Metall Unterelbe. Die Gewerkschaften lassen sich nicht mehr von den Arbeitsplatzversprechen locken und von anderen gesellschaftlichen Organisationen abspalten. Zu den Erstunterzeichnern gehören auch DIE LINKE, Grüne und SPD / Jusos.

Hinweise für Teilnehmer aus der Region Weser-Ems

Die 120 km lange Strecke zwischen den Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel ist in 10 Abschnitte eingeteilt. Unsere Region ist dem Abschnitt Glückstadt zugeordnet. Der BUND organisiert gemeinsam mit ESG, Attac, NABU, Schutzgemeinschaft ländlicher Raum, AStA und Bündnis90/Die Grünen die Anreise zur Menschenkette. Mit dem Bus geht es bis Wischhafen, von dort mit der Fähre nach Glückstadt. Die Teilnehmer aus Weser-Ems sind der Strecke um die Fähre herum zugeordnet. Ausreichend Verpflegung mitnehmen und wetterfeste Kleidung!

Nächste Zustelgemöglichkeit für Leute aus Wilhelmshaven und umzu: 10 Uhr Varel, Panzerstraße bei Aldi, Ortseingang West. (Sonst noch: 9:30 Westerstede ZOB, Albert-Post-Platz / 10:10 Schweiburg B 437 Ortsdurchfahrt. Tankstelle / 10:30 Stotel Parkplatz bei Autobahnauffahrt Stotel. Zurück ab Wischhafen 18 Uhr)

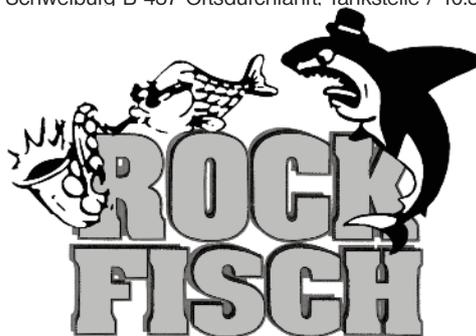
Kostenbeitrag (einschl. Fähre): pro Person 10 Euro, ermäßigt (Schüler, Auszubildende, Studenten, Arbeitslose) 8 Euro.

Anmeldung: Per Überweisung auf das Konto: Markus Radke, Konto-Nummer: 200 64 77 300, BLZ 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank, Verwendungszweck: "Menschenkette", unbedingt auch Namen und Zustiegsort, ggf. Anzahl Personen nennen! Angemeldet ist, wer überwiesen hat!

Bitte frühzeitig anmelden, damit die Organisatoren besser planen und ggf. einen weiteren Bus bestellen können. **Ansprechpartner:**

Dr. Hartmut Ludewig info@bund-oldenburg.de, Tel. 0441-13302, Fax 0441-2489330

Susanne Grube sus.grube@web.de, Tel. 04488-98139



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Kein Ende der Leiden von Heroinsüchtigen in Sicht!

Neues von der Bürgerinitiative für die Sicherstellung der Versorgung von Drogenkranken

(mt) Am 17.3. fand das vierte Treffen der Bürgerinitiative in den Räumen der AIDS-Hilfe statt, und das nächste Treffen soll am 31.3. am selben Ort um 18 Uhr sein.

Das Problem der Versorgung mit Methadon ist in Wilhelmshaven immer noch nicht gelöst. Zwar werden etwa 90 Patienten versorgt, aber die Ärzte nehmen keine neuen Patienten mehr auf.

Nach der Bundesstatistik kann man davon ausgehen, dass es in Wilhelmshaven ca. 400 Menschen gibt, die Heroin nehmen oder genommen haben. Zieht man von dieser Zahl die 90 mit Methadon Versorgten ab, dann bleiben noch 310 Menschen übrig, von denen etwa die Hälfte einen Behandlungsplatz sucht.

Die Bürgerinitiative will deshalb weitermachen. Zunächst wurden die Mahnwachen wieder aufgenommen, um den Ärzten zu signalisieren: Ihr seid in der Pflicht! Die BI verteilte Flugblätter, mit denen die Ärzte von ihren eigenen Patienten gebeten werden, sich an der Methadonsubstitution zu beteiligen.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Herr Scherbeitz, sucht händeringend Ärzte, die sich an der Behandlung dieser Menschen beteiligen. Zu diesem Zweck gibt es im Mai wieder Fortbildungsveranstaltungen, und es besteht die Hoffnung, dass sich dafür genügend Mediziner melden. Bis dahin herrscht aber nach wie vor Notstand! Und täglich kann es den nächsten Drogentoten in unserer Stadt geben.

Das wollen wir nicht! Wir wollen in einer Stadt leben, in der human mit den Schwächsten umgegangen wird und in der sie nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben!

Da es nachweislich Wege aus der Sucht gibt, verlangen wir, dass sich die Ärzte des Problems annehmen! Ansonsten ist der hippokratische Eid doch nur eine Hülse ohne Inhalt.

Stärken Sie die BI und fordern Sie Ihren Hausarzt auf, sich dieser Menschen anzunehmen.

Sie finden uns auf der Internetseite: <http://schwerpunktpraxis-wilhelmshaven.de>

Anzeige

Endlich wird dieser Schandfleck beseitigt!

Wir haben ja schon kaum mehr daran geglaubt. Als unser Ratsherr Johann damals im Rat beantragte, dass die Stadtverwaltung die Rolle der Dichterin Agnes Miegel während des Nationalsozialismus erforschen solle, um zu überprüfen, ob diese Frau wirklich als Namensgeberin einer Schule taugt, stand er ganz allein. Auch als er den Schulleiter der Realschule in F'Grodten auf den höchst fragwürdigen Namen ansprach, war die Reaktion entmutigend: Lehrkörper, Elternschaft und SchülerInnen hätten kein Problem mit dem Namen „Agnes-Miegel-Schule“. Und unsere Flugblattverteiler, die zur Fünfzigjahrfeier der Schule vor derselben standen und um einen neuen Namen baten, wurden sowohl draußen als auch drinnen beschimpft. Jetzt endlich ist der Beschluss gefasst: Die Schule bekommt einen neuen Namen. Marion Gräfin Dönhoff wird demnächst die Patronin sein. Zwar wäre sie nicht unsere Wahl gewesen, aber trotzdem: Danke!

Vampir!

Es ist geradezu unglaublich: In Wilhelmshaven gibt es seit kurzem einen „Hartz IV-Berater“, der sich am Elend der Langzeitarbeitslosen bereichern will.

Wir zitieren wörtlich aus dem „Hartz IV Beratungs Vertrag“, den dieser Mensch seine Kunden unterschreiben lässt:

„§ 3 Vergütung

Pauschale Entlohnung

Der Auftragnehmer erhält für seine Tätigkeit eine Vergütung

in Höhe von 120 EUR plus 12 mal 5% der Leistungserhöhungen sowie einmalig 5% der Summe für Nachzahlungen, die sich auf Grund seiner Tätigkeiten ergeben haben.

Die Vergütung ist in 12 raten zum 1. des Monats fällig, die per Einzugsermächtigung bei der Bank abgebucht wird.

Gewinn orientiert Entlohnung

Der Auftragnehmer erhält für seine Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 12 mal 30% der Leistungserhöhung sowie einmalig 30% der Summe für Nachzahlungen, die sich auf Grund seiner Tätigkeiten ergeben haben.

Die Vergütung ist in 12 Raten zum 1. des Monats fällig, die per Einzugsermächtigung bei der Bank abgebucht wird.

Nicht zu treffendes wird gestrichen“

Wir hoffen, auf diesen Blutsauger fällt niemand herein!!!

Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland bietet alle Leistungen, die dieser selbsternannte „Berater“ vorhält, kostenlos an. Sie hat außerdem einen sehr guten direkten Draht zu Anwälten, die im Sozialrecht erfahren sind.

DIE LINKE.
Kreisverband Wilhelmshaven

Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden, aber meist fehlt es am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es die Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

Wilhelmshaven schrumpft fleißig weiter. Laut dem Statistik blitz 2/2010 lag die Einwohnerzahl Wilhelmshavens im Januar 2010 erstmals unter 80.000 (Einwohner mit Hauptwohnung). Wenn hier immer weniger Menschen wohnen, dann sollte man doch auch gefälligst die Fußgängerzone verkleinern. Anfangen will man mit der Grenzstraße zwischen Peter- und Börsenstraße. Dieser Bereich soll nun wieder als Einbahnstraße eingerichtet werden. Toll! Dann können die Autofahrer an den hübschen Geschäften vorbeicruisen und sich den einen oder anderen Leerstand ansehen. Die SPD (Bauausschussvorsitzender Norbert Schmidt) sieht die Wiederöffnung der Grenzstraße als "Startschuss" für die Rettung der Innenstadt.

Da kann Stadtbaurat Kottek noch einen draufsetzen: Er möchte zur Belebung der Marktstraße vor Hertie Buden aufstellen, um Publikum in diesen Bereich zu locken. Gebrannte Mandeln, afrikanische Schnittzereien, Ledergürtel, Berliner, Fischbrötchen – oder vielleicht auch einen Dauerflohmarkt. Gute Leute muss man haben!

Am deutschen Wesen ...

Die Einlassungen des Vereins für Deutsche Sprache lassen mir schon seit Jahren unerklärliche Schauer über den Rücken laufen. Am 10. März fand ich endlich die Erklärung dafür. Detlev Fricke vom o.a. Verein zog in einem Leserbrief vom Leder und erklärte, warum es so schlecht um die deutsche Sprache bestellt ist.

Heute gehört uns Deutschland... "Vor dem ersten Weltkrieg war Deutsch, auch aufgrund des damaligen Wirtschaftswunders hierzulande, Weltsprache. Bereits nach dem verlorenen ersten Weltkrieg versuchten die Siegermächte diesen Rang der deutschen Sprache auszuhebeln." **...und morgen die ganze Welt!** Das wiederholte sich dann in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, jetzt massiv. Alles war Ausfluss der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Man neidete uns den Wiederaufstieg. (...) Erst durch die ständigen Interventionen unserer Weltmarktkonkurrenten USA, Frankreich und Großbritannien verlor es ständig an Ansehen."

Spezialdemokraten

Helmut Stumm, vor einem Jahr gewählter SPD-Kreisverbands-Vorsitzender, will nicht wieder zur Wahl antreten. Seine Niederlage zeichnete sich von dem Moment an ab, als klar war, dass die Genossinnen und Genossen, die ihn gewählt hatten, ihm politisch nicht folgen wollten. Die Wahl Stumms war nur organisiert worden, um den von der Parteilinken unterstützten Volker Block zu verhindern. Nachdem im September 2009 16 aktive Parteimitglieder der SPD den Rücken kehrten, wurde die Partei völlig handlungsunfähig – und ist es bis heute geblieben.

Und nun geht es wieder darum, sich eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, um an die Tröge (sprich Mandate) zu kommen. Hier spielt sich der SPD-Opa Siegfried Neumann momentan in den Vordergrund. Neumann gehörte früher dem Ortsverein Siebethsburg an, wechselte dann nach Fedderwardergröden. Nun zeichnet sich ab, dass er in F'groden nichts mehr werden kann. Naheliegender wäre, wenn er nun in den Ortsverein ginge, in dem er auch wohnt – also nach Neuengroden/Villenviertel/Tonndiech.

Doch auch hier sitzen die prominenten Genossen fest im Sattel – da hätte Neumann keine Chance. Darum sucht er seine politische Heimat im Ortsverein West; hat hier doch der Austritt von Ober-Bloibaum die gewünschte Lücke gerissen – und den ungeliebten Karlheinz Föhlinger

wird man doch wohl auch noch loswerden.

Ausgeburgert

Dass McDonalds sich aus der Innenstadt zurückzieht, ist nicht neu. Kulinarisch kein Verlust, höchst bedauerlich für die Beschäftigten, die nicht in eine andere Filiale übernommen werden. Aber jetzt, wo es konkret wird, möchten wir einmal daran erinnern, dass in den 1980er Jahren Wilhelmshavens älteste Gaststätte, der "Elsässer Hof", abgerissen wurde, damit die Ketten-Bulettenbraterei sich dort im eigenen Outfit breit machen konnte. (Der Elsässer Hof hätte im April dieses Jahres 140-jähriges Bestehen feiern können. McDoof hat es man gerade auf 30 Jahre gebracht.) So wie auch Lidl, Aldi, Schlecker und Co. sich stets mit ihrer faszinierend ästhetikfreien Architektur durchsetzen, ohne dass sie jemand auf Baukörperverletzung verklagt. Andernorts (z. B. Hamburg – sic!) entdeckt man aber schon mal das weithin leuchtende "M" an historischen Fassaden. Vielleicht kann der verschwundene Elsässer Hof jetzt als Mahnmal dafür dienen, dass man vor Investoren nicht pauschal einen kompromisslosen Kniefall machen muss – wenn es hart auf hart kommt, kennen sie ja offensichtlich auch keine Freunde mehr.

Pfusch am Bau

Die haben momentan aber auch wirklich schlechte Karten – die JadeWeserPort-Bauer. Nun ist ihnen auch noch die Lärmschutzwand (3,5 Kilometer lang und 4 Meter hoch), die die Fauna des Voslapper Grodens vor dem lärmenden Bahnverkehr schützen soll, zu großen Teilen eingestürzt. Ob denn die Firma Bilfinger, die die U-Bahn in Köln und zusammen mit der Firma Bunte (!) die löchrige Asphaltdecke der A1 zu verantworten hat, auch beim Bau von Lärmschutzwällen aktiv ist?

Ahoi!

Anzeige

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:

WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Aufwandsentschädigungen - Wofür?
Diese Fragen stellt sich die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen bei vielen Ratsvertretern nicht erst seit der letzten Ratsitzung. Eine mögliche Antwort gab Günter Reuter [CDU]. Er warf der Verwaltung vor, sie hätte nicht rechtzeitig vor den Haushaltsbeschlüssen Gespräche mit der Politik geführt und zudem versäumt mehrere Alternativvorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorzulegen. Es sei nicht Aufgabe der Politik, eigene Ideen und Vorschläge zu erarbeiten. Aus Sicht der CDU müssen Aufwandsentschädigungen also nicht gezahlt werden, damit die Kommunalpolitiker eigene Ideen und Vorschläge erarbeiten. **Bleibt**

die Frage, wofür bekommen sie das Geld denn nun? Ist es eine reine Anwesenheitsentschädigung? Nach dieser klaren Aussage von Günter Reuter ist aus unserer Sicht deutlich geworden, warum aus dem erlauchten Kreis der Politiker keine Aktivitäten hervorgehen. Man wartet auf die Dinge die vom Himmel fallen, oder von der Verwaltung vorgeschlagen werden, und sieht die Aufgabe nur darin diese dann mit gut oder schlecht zu bewerten. Nun verstehen wir auch, warum diese Ratsvertreter einer Verringerung der Aufwandsentschädigung nicht zustimmen konnten. Weniger Entschädigung = weniger Aufwand funktioniert nur, wenn vorher ein Aufwand vorhanden war!

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
[BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT]
WWW.BASU-WHV.DE

GÜNTER REUTER [CDU-FRAKTIONS-VORSITZENDER], DER SEIT NEUESTEM IN DER EINZIGEN WILHELMSHAVENER PARTEI SEIN SOLL, DIE SENSATIONELLE SPARVORSCHLÄGE MACHTE.

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!

© GRUPPE 6.35.COM Foto: hofemann